

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 43 (1963-1964)
Heft: 9

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

RUNDSCHAU

ERNÜCHTERUNG IN DER «ENTSPANNUNGS»-PHASE

Die «Entspannungs»-Euphorie, die im vergangenen Sommer nach dem Abschluß des Moskauer Teststoppabkommens mancherorts herrschte, ist in den letzten Wochen einer immer stärker werdenden *Skepsis* gewichen. Durch ihre intransigente Haltung hat die Sowjetunion selbst das meiste dazu beigetragen, diesen Prozeß der Ernüchterung zu beschleunigen. Die Übergriffe Moskaus auf den Zufahrtswegen nach Berlin und das brutale Vorgehen gegen den amerikanischen Sowjetologen *Professor Barghoorn* zeigten dem Westen mit klarer Eindrücklichkeit, daß für die Sowjetunion eine entspannte Atmosphäre kaum etwas anderes bedeutet als ein taktisches Mittel in der Auseinandersetzung mit der freien Welt.

Testfall Berlin

Als Objekt für eine Demonstration seiner harten Linie wählte Moskau Mitte Oktober wieder einmal Berlin. Hier befinden sich die Sowjets am längeren Hebelarm; das mitten im sowjetisch beherrschten Gebiet gelegene Westberlin mit seinen leicht verletzlichen Zufahrtswegen birgt ungezählte Möglichkeiten, Streitfälle willkürlich vom Zaun zu reißen. Die Russen haben mit ihrer Methode, die westlichen Rechte allmählich abzubauen, in den letzten achtzehn Jahren in Berlin zu oft Erfolg gehabt, als daß sie nicht ermutigt gewesen wären, das Spiel auch heute noch weiterzutreiben, da der Manövrierraum bereits so eingeengt ist, daß ein Zurückweichen der Westmächte kaum mehr möglich erscheint.

Die dreimalige Blockierung alliierter Konvois auf der Autobahn nach Berlin — erstmals am 11. Oktober, dann am 16. Oktober und schließlich am 4. November — geschah jedesmal unter dem gleichen, bei nahe lächerlich anmutenden Vorwand: die Russen verlangten, Amerikaner und Briten

sollten von ihren Lastwagen steigen und sich zählen lassen, was von den Alliierten, als mit dem Recht auf freien Zugang unvereinbar, zurückgewiesen wurde. Selbstverständlich ging es um mehr als um diese Prozedur, um deren Details stundenlang hartnäckig gefeilscht wurde. Der Kreml wollte durch die Zurschaustellung seiner Macht den westlichen Verbündeten wieder einmal vor Augen führen, wie schwach ihre Position in Berlin und wie abhängig sie vom guten Willen Moskaus sei.

Daß Chruschtschew von allem Anfang an entschlossen war, die Machtprobe nicht bis zu den letzten Konsequenzen durchzufechten, zeigt der in allen drei Blockierungsversuchen gleiche Ausgang der Angelegenheit: Nach Stunden des Abwartens, Verhandelns und Hinauszögerns gaben die Russen schließlich den Amerikanern den Weg frei. Die starken Worte, die der sowjetische Ministerpräsident am 6. November vor amerikanischen Geschäftsleuten fallen ließ, denen er versicherte, nur über «unsere Leichen» hätten die alliierten Militärtransporte nach Berlin gelangen können, wenn sie die sowjetischen Kontrollen nicht über sich hätten ergehen lassen — diese starken Worte können nicht darüber hinwegtäuschen, daß Moskau nach wie vor wenig an einer dramatischen Zuspitzung des Konfliktes um Berlin liegt. Als Chruschtschew mit der klaren Frage konfrontiert wurde, ob er einen Schießbefehl erteilt haben würde, wich er aus mit der Bemerkung, eine solche Weisung an die sowjetischen Truppen habe nicht existiert.

Westliche Einigkeit

Der befriedigendste Aspekt der Zwischenfälle besteht weniger in dem für die Westmächte günstigen Ausgang als in der Demonstration der Solidarität der drei westlichen Besetzungsmächte. Bisher hatten die

USA, Großbritannien und Frankreich nach eigenem Gutdünken auf die sowjetischen Forderungen reagierte, und die Haltung der drei Länder differierte entsprechend. In einer gemeinsamen Note an die Sowjets vom 29. Oktober, in denen die Westmächte unter Hinweis auf die Freiwilligkeit ihres Entschlusses den russischen Forderungen weit entgegenkamen, wurden erstmals die Umrisse einer Harmonisierung zwischen den drei Staaten in der Frage der Zufahrtswege sichtbar. Als am 4. November die sowjetischen Behörden, ohne auf die westliche Erklärung vom 29. Oktober reagiert zu haben, erneut einen amerikanischen Konvoi am Zonengrenzübergang *Marienborn* aufhielten, schickten Engländer und Franzosen ihrerseits Truppentransporte über die Autobahn, die unbeanstandet passierten. Das demonstrative Zeichen der Solidarität wurde von Moskau verstanden.

Der Fall Barghoorn

Es hat auf amerikanischer Seite zumindest am Anfang nicht an Versuchen gefehlt, die Zwischenfälle auf den Zufahrtsstraßen nach Berlin zu bagatellisieren und sie als Übergriffe inkompetenter, untergeordneter Stellen zu interpretieren. Erst als mit der Wiederholung der Schikanen die Unhaltbarkeit dieser These offensichtlich wurde, erfolgte aus Washington eine scharfe Reaktion. Weniger lang zögerten die USA, als die Russen sich Mitte November in einem Akt despotischer Willkür des Professors der Yale-Universität, *Barghoorn*, bemächtigten und ihn unter der fadenscheinigen Anschuldigung, in der Sowjetunion Spionage getrieben zu haben, festnahmen. Der Schrei der Empörung in Amerika war allgemein. Kennedy stellte in seiner Pressekonferenz ernste Rückwirkungen auf die bevorstehenden sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über die Erneuerung des Kulturabkommens in Aussicht, falls Barghoorn nicht sofort freigelassen würde. Er ließ keinen Zweifel aufkommen, wie ernst er die ganze Angelegenheit betrachte und daß er den sowjetischen Behauptungen über die angebliche Agenten-

tätigkeit Barghoorns nicht den geringsten Glauben schenke. Es war eine Sprache, die im Kreml verstanden wurde; knapp 48 Stunden nach Kennedys Erklärung befand sich der Yale-Professor wieder auf freiem Fuß.

Zweifel an Amerika

Es ist für den Außenstehenden nicht einfach, die Motive abzuklären, die Moskau bewogen, mitten in der allgemeinen «Entspannungs»-Phase und unmittelbar nach den großen *Weizeneinkäufen*, den Westen in unverständlicher Weise zu brüskieren. Die innenpolitische Machtkonstellation in der Sowjetunion ist zu undurchsichtig, als daß sich eindeutige Schlüsse ziehen ließen, ob Chruschtschew mit Rücksicht auf seine parteiinternen Feinde den starken Mann herauskehren mußte. Er wählte jedenfalls für seine Machtdemonstration geschickt einen Moment, in welchem die Differenzen innerhalb der westlichen Allianz nach außen hin stark zutage traten. Die mit großem, publizistischen Aufwand gestartete Operation «Big Lift» — eine Luftbrückenübung, während welcher innerhalb von knapp drei Tagen eine Panzerdivision von Amerika nach Deutschland geflogen wurde — erweckte in der Bundesrepublik Stimmen, die den Verdacht äußerten, das große Militärmanöver bedeute den Auftakt für einen bevorstehenden Truppenabzug aus Europa. Diese Vermutung erhielt vor allem Nahrung durch Äußerungen des amerikanischen stellvertretenden Verteidigungsministers *Gilpatric* sowie durch Erklärungen des früheren Präsidenten *Eisenhower*. Der amerikanische Außenminister *Rusk* und schließlich auch *Kennedy* versicherten darauf, Washington habe im gegenwärtigen Zeitpunkt keineswegs die Absicht, die amerikanischen Truppenbestände in Deutschland zu reduzieren. «Wir haben sechs Divisionen in Deutschland stehen», sagte Rusk in der Frankfurter Paulskirche am 27. Oktober. «Wir haben die Absicht, diese Divisionen hier zu lassen, solange sie gebraucht werden — und unter den gegenwärtigen Umständen werden sie ohne Zweifel auch weiterhin notwendig sein.»

Rusk verhehlte in der gleichen Rede aber auch nicht das Mißvergnügen Amerikas über die Entwicklung in Europa und betonte, wenn auch in Frageform gekleidet, die Notwendigkeit, daß Europa Gestalt und Stimme finden müsse, um sich geltend zu machen. Die Partnerschaft mit den USA verlange ein vereinigtes Europa, das auf eigenen Füßen stehen könne und in der Lage sei, mit ihnen als gleichberechtigter Partner zu verhandeln und seine historische Rolle in der Weltpolitik wieder zu übernehmen.

Der Umsturz in Saigon

Amerikas Ruf nach einem vereinigten, starken Europa ist wohl die stärkste Konstante der Nachkriegspolitik Washingtons. Daß dieser Ruf aber gerade heute wieder vermehrt ertönt, hat seinen Grund vor allem in der in der Umgebung Kennedys herrschenden Auffassung, die Vereinigten Staaten seien nicht mehr ohne weiteres in der Lage, ihren Verantwortlichkeiten in allen Brennpunkten der Weltpolitik nachzukommen, wenn die einzelnen Länder nicht sekundäre Differenzen und hegemoniale Bestrebungen endlich im Interesse der Gesamtheit der freien Welt zurückstellten. Unter diesem Blickwinkel ist auch Washingtons Haltung zum *Sturz des Regimes Diem* in Südvietnam zu betrachten.

Ngo Dinh Diem war durch seine despotische Clanherrschaft und seine unglückselige Auseinandersetzung mit den Buddhisten mehr und mehr zu einer Belastung der ame-

rikanischen Position in Südostasien geworden. Hauptziel der USA ist hier die Eindämmung der kommunistischen Infiltration. Der Kampf gegen den Viet Cong kann aber nur dann mit Aussicht auf Erfolg geführt werden, wenn ihm im freien Teil Vietnams eine geschlossene Front gegenübertritt. Die bedeutenden Erfolge, die in dieser langwierigen Auseinandersetzung bereits errungen worden waren, wurden durch die von Diem tolerierte Politik seines Familienclans alle wieder in Frage gestellt. Es ist zwar kaum anzunehmen, daß Washington die blutige Form, in der Diems Herrschaft gestürzt wurde, gewünscht hat oder direkt am Umsturz in Saigon beteiligt war. Aber die unmißverständliche Ablehnung der USA gegenüber der Politik Diems war doch in den letzten Monaten zu offenkundig geworden, als daß sie nicht die Offiziersgruppe um *Duong Van Minh* ermutigt hätte, den Staatsstreich zu wagen. Die sichere Erwartung, von Washington wenigstens stillschweigend unterstützt zu werden, hat sich erfüllt. Für die Vereinigten Staaten bedeutet das Verschwinden Diems und Nhus die Befreiung von einer Hypothek, die schwer auf ihrer Position in Hinterindien gelastet hatte. Die Fronten sind nun hier wieder klar abgesteckt; die Auseinandersetzung mit dem Viet Cong kann weitergeführt werden, ohne daß innere Zwistigkeiten das prowestliche Südvietnam völlig paralysieren und es dem vordringenden Kommunismus als leichte Beute erscheinen lassen.

Fabius

INNENPOLITISCHE RUNDSCHAU

Nach dem Wahltag

Der große Wahltag, der nach einem Wort von Gottfried Keller ein Ehrentag des Volkes sein soll, ist vorüber. Die Wellen — die echten wie die künstlich erzeugten — haben sich wieder gelegt, schneller sogar als sonst, weil diesmal die künstlichen anscheinend zahlreicher waren als die echten. Schon der Verlauf des Wahlkampfs deutete darauf hin,

daß wirkliche Grundwellen ausbleiben würden. Die Sozialdemokratie als die Partei mit der revolutionären Vergangenheit und mit der traditionell oppositionellen Haltung gegenüber dem Bürgertum und seiner freien Marktwirtschaft ließ jeden klassenkämpferischen Ton vermissen und stellte ihre Propaganda unter das Motto der glücklichen Familie in der Wohlstandsgesellschaft. So blieb es einzelnen Splittergruppen vorbehal-

ten, das nonkonformistische Außenseiterum im Spektrum der schweizerischen Parteien zu verkörpern und die Rolle einer allerdings blassen, oft bizarren Opposition zu spielen.

Das Ergebnis dieses parteipolitisch wenig akzentuierten Wahlkampfs war im wesentlichen eine Bestätigung der bestehenden Kräfteverhältnisse. Von der erhöhten Sitzzahl profitierten die Sozialdemokraten mit zwei Mandatgewinnen und die Liberaldemokraten, die Konservativ-Christlichsozialen sowie die Partei der Arbeit mit je einem Gewinn, während die Freisinnigen ihren Bestand wahrt und die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei einen Sitzverlust in Kauf nehmen mußte. Diese geringen Verschiebungen sind ein neuer Beweis für unsere politische Stabilität, welche in der Umwelt immer wieder Bewunderung und auch Verwunderung auslöst. Sie widerspiegeln zugleich einen Zustand von Staat und Wirtschaft, der offenbar der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung wenigstens so gut zusagt, daß sie jegliche Art von politischen Experimenten für überflüssig hält.

Rufer in der Wüste oder gelangweilte Betriebsmacher?

Ob dieser Verhaltensweise legten nun einzelne Kommentatoren ihre Stirnen in schwere Falten. Sie sprachen von politischer Arterienverkalkung, von Attentismus und Immobilismus. Und sie glaubten aus dem weiteren Rückgang der Stimmabstimmung ein gewichtiges Indiz für die Richtigkeit ihres Urteils ableiten zu können. Zwar scheinen diese kritischen Stimmen im Volke wenig Widerhall zu finden. Doch ist es wohl trotzdem angebracht, sie auf ihr sachliches Gewicht zu überprüfen.

Zunächst belehrt uns ein Rückblick, daß die schweizerischen Verhältnisse sich nicht erst heute, sondern seit Jahrzehnten durch eine erstaunliche Stabilität auszeichnen. Diese Stabilität ist immer dann besonders ausgeprägt, wenn es wirtschaftlich gut geht und damit auch die sozialen Spannungen im politischen Alltag praktisch dahinfallen. Geiß ist es vom staatspolitischen Gesichtspunkt aus betrüblich, wenn dabei mit der

Kampfstimme zugleich auch die Stimmabstimmung zurückgeht. Ist dies aber anderseits nicht auch verständlich, ja fast unvermeidlich? Ist es nicht naheliegend, daß der politisch wenig engagierte Bürger unter solchen Umständen seine staatsbürgerlichen Pflichten weniger sorgfältig wahrnimmt? Der steigende Absentismus wäre dann ein gefährliches Symptom, wenn er einem stummen Protest gleichkäme. Wer kann dies aber heute mit gutem Gewissen behaupten, geschweige denn stichhaltig belegen? Bis zum Beweis des Gegenteils ist doch wohl im Hinblick auf die Kontinuität politischen Verhaltens des Schweizerbürgers die Annahme erlaubt, daß dieser Absentismus in den weitaus überwiegenden Fällen einer stillschweigenden Zustimmung zum gegenwärtigen Lauf der Dinge entspricht. Den vermeintlichen Rufern in der Wüste unter den politischen Publizisten sollte die Tatsache zu denken geben, daß die vermeintlichen Rufer in der Wüste unter den Politikern schwere Zeiten haben. Es gelingt ihnen nicht, im Volke Fuß zu fassen. Und es gelingt ihnen offensichtlich deshalb nicht, weil die Alternativen, die sie anzubieten haben, dem Bürger entweder als unecht oder als überflüssig erscheinen.

Das braucht keineswegs zu heißen, daß der Bürger im Zeichen der Hochkonjunktur blindlings mit allem zufrieden sei. Er ist sich aber offensichtlich klar darüber, daß allfällige Unzulänglichkeiten noch keineswegs revolutionäre Wandlungen erheischen, sondern daß sie im Rahmen der bestehenden Verhältnisse mindestens so gut bereinigt werden können, sofern eine Bereinigung überhaupt möglich ist. Eines allerdings läßt sich nicht übersehen: Der Typus jenes politischen Publizisten, der vorwiegend in Schlagzeilen denkt und politisiert, hat es ebenso wie der nonkonformistische Politiker unter solch unsensationellen Umständen nicht leicht. Es ist deshalb verständlich, daß er sich aus der drohenden Langeweile und wenig attraktiven Kleinarbeit in die Pose des Rufers in der Wüste zu flüchten sucht. Die Tatsache, daß es einigen Betriebmachern hierzulande gegenwärtig zu wenig Betrieb hat, ist indessen kein echtes Kriterium für die Beurteilung unserer innenpolitischen Gesamtsituation.

Stabilität als Chance

Innenpolitische Stabilität darf nun allerdings nicht satte Ruhestellung bedeuten. Das friedliche Klima ist vielmehr eine Chance. Es gibt die Möglichkeit, die großen Probleme unserer Zeit mit einem Minimum an innenpolitischem Reibungsverlust in Angriff zu nehmen. Wenn man diese Fragen und Probleme inventarisiert und sich überlegt, wie sich ihre Behandlung in einer emotional aufgeheizten, kämpferischen Atmosphäre gestalten müßte, so wird sehr rasch klar, welch großes Glück diese leichtfertig bemängelte Stabilität darstellt.

Eine der politischen Hauptaufgaben unserer Generation liegt in der Standortsbestimmung unseres neutralen Kleinstaats in einer sich rasch wandelnden Umwelt. Zwar herrscht gegenwärtig «Integrationspause». Der Ausbau der EWG und damit die europäische Einigung überhaupt stecken nach wie vor in einem Engpaß. Das ändert aber nichts daran, daß hier Fragen auf uns zukommen, die an die Existenz unseres Gemeinwesens röhren. Daß es bisher möglich war, in diesen Problemen ohne künstliche Krücken zu einer Unité de doctrine zu gelangen, die alle wichtigen Parteien umfaßt, ist ein unermeßlicher Vorteil, der nur dann richtig gewürdigt werden kann, wenn man sich in Erinnerung ruft, wie sehr andernorts gerade außenpolitische Fragen zum Anstoß harter innerer Fehden werden und sich damit vom Boden der Sachlichkeit in den Dschungel der demagogischen Interessenkämpfe verlagern.

Aber auch innenpolitisch dürfte die gegenwärtige Phase der Stabilität doch wohl vorteilhafter sein als eine vielleicht unterhaltsamere Periode der scharfen Ausmarchungen. Die Zügelung der Hochkonjunktur zum Beispiel würde vermutlich noch weit schwerer fallen, wenn sie noch zusätzlich mit echten sozialen Spannungen belastet wäre. Und was schließlich die Bewältigung der immer dringlicher werdenden Aufgaben rund um den Naturhaushalt und die Infrastruktur unseres Landes betrifft, so ist sie auch dann noch schwierig genug, wenn auf der politischen Bühne sonst Windstille herrscht. Am

neu bestellten Parlament und an der Regierung ist es nun, die Chance, die in der Stabilität liegt, so gut als irgend möglich zu nützen.

Wahlkampf als reklametechnisches Freistilringen?

Bedenklicher als die «unheimliche Stabilität» erscheint im Rückblick die Entwicklung oder besser Entartung der Wahlkampfmethoden, wie sie diesmal da und dort in besonders krasser Form in Erscheinung getreten ist. Nachdem die Parteifronten zum vornehmesten als recht gefestigt erschienen und auch keinerlei Anstalten machten, in Großangriffen in Bewegung zu geraten, verlagerte sich das Kampfgeschehen vielenorts weitgehend auf die Ausmarchung der Kandidaten innerhalb der Parteien. Persönliche Werbung und gezielte Streichaktionen gegen besonders profilierte Politiker dominierten das Bild des Wahlfeldzugs.

Nun wird man zugeben müssen, daß beim Proporzverfahren besonders in unübersichtlichen städtischen Verhältnissen persönliche Werbung fast unumgänglich ist. Nur so schälen sich für den Wähler die Persönlichkeiten der Kandidaten einigermaßen plastisch heraus. Und nur so erhält die Parteiliste mit den wenigen aussichtsreichen und den vielen aussichtslosen Bewerbern individuelle Züge. Dieses Verfahren ist so weit legitim, als es sich darum handelt, die vorhandenen politischen Qualitäten eines Kandidaten einer breiteren Öffentlichkeit verstärkt zum Bewußtsein zu bringen. Es schlägt aber in eine Pervertierung des demokratischen Wahlverfahrens um, wenn auf diese Weise völlig «unbeschriebene Blätter» ohne jeden politischen Leistungsausweis allein dank dem Geschick ihres Reklame-managers auf den Schild gehoben werden.

Ein besonders krasser Fall dieser Art ereignete sich im Kanton Bern. Ein offenbar sehr initiativer und einfallsreicher Direktor eines schweizerischen Großunternehmens setzte so ziemlich alle erdenkbaren Hebel in Bewegung, um Einzug in die Bundesversammlung zu halten. Unter Verletzung sämtlicher einschlägigen Richtlinien der Partei startete er ungefähr 20 Sonderaktionen, von

der fristgerechten Einkleidung einer Knabenmusik und von glanzvollen Empfängen nicht zu reden. Den Ladeninhabern seines Berner Wohnquartiers, das übrigens gar nicht sein eigentliches Domizil ist, rief er sich zum Beispiel als besonders guter Kunde in Erinnerung. Den Jägern aber stellte er sich als der Mann vor, der mit einer persönlichen Jagderlaubnis von Ministerpräsident Nehru auszug und flugs einen Tiger schoß, der 20 Menschen getötet haben soll...

Daß selbst der sonst eher bedächtige und konservative Berner Souverän ein solches propagandistisches Feuerwerk mit einem Nationalratsmandat honorierte, mag besonders zu denken geben. An den Parteien liegt es nun, hier rechtzeitig den Riegel vorzuschieben. Bloße Ermahnungen führen offensichtlich nicht ans Ziel. Anderseits ist es schwierig, die Grenze zwischen erlaubten und unerlaubten «Sonderzüglein» mit der nötigen Schärfe zu ziehen. So bleibt wohl nichts anderes übrig, als daß die Parteien die Zügel der Wahlkämpfe wieder fester in die Hand nehmen und durch eine klare Führung rechtzeitig die notwendigen Akzente setzen.

Belastungsprobe nur teilweise bestanden

Wie in einigen andern Kantonen fiel auch in Zürich auf den Tag der Nationalratswahlen noch die Wahl der Standesvertreter. Der Kampf um die Nachfolge von Ständerat Vaterlaus zwischen einem freisinnigen und einem sozialistischen Bewerber stieß deshalb auf besonderes Interesse, weil der Ausgang weitgehend vom Maß der Zusammenarbeit der bürgerlichen Parteien abhing. Die Freisinnigen hatten hier schon einige Vorleistungen geboten. So waren sie wesentlich daran beteiligt, daß die Christlichsozialen einen Regierungsratssitz erhalten hatten. Und sie setzten sich auch kräftig für die

neuen Kirchengesetze ein, wobei sich der freisinnige Ständeratskandidat über persönliche Verdienste ausweisen konnte. Die Christlichsozialen revanchierten sich zwar mit der offiziellen Parole der Unterstützung. Praktisch aber blieb es bei der formellen Geste. So stimmten weite Teile ihrer Wähler für den ebenfalls gut ausgewiesenen sozialistischen Kandidaten. Ohne den Fall unnötig zu dramatisieren, muß man deshalb festhalten, daß die alte bürgerliche Allianz ihre alte Tragfähigkeit anscheinend noch nicht ganz zurückgewonnen hat.

Ein Sicherheitsrisiko

Die sozialdemokratische Fraktion des Nationalrats hat Max Arnold in die Militärikommission delegiert. Der Entscheid hat mit Recht Aufsehen erregt. Die Mitarbeit in diesem Gremium ist im wahrsten Sinne des Wortes eine Sache des Vertrauens. Nationalrat Arnold aber hat schon verschiedentlich auf krasseste Weise bezeugt, daß er zu jenen Sozialisten gehört, deren geistige Heimat nach wie vor in der vagen Ferne eines roten Paradieses liegt und die daher immer wieder dazu neigen, den Kommunisten brüderlich die Hand zu reichen. Daß Arnold unter solchen Umständen am Einzug in die Militärikommission besonders interessiert sein würde, lag auf der Hand. Daß sich die andern Fraktionen gemäß den interfraktionellen Ge pflogenheiten nicht in die Wahl einmischen würden, war ebenfalls zu erwarten. Daß aber die Sozialdemokraten selbst, die doch in ihrer großen Mehrheit klar sehen und sich rückhaltlos zu unserem Staat und seiner Armee bekennen, einen solchen Mann abordnen konnten, ist ganz einfach unverständlich, ja unverantwortlich.

Spectator

HILFSTRUPPEN DER PSYCHOTHERAPIE

Wenn die Stuttgarter Gemeinschaft *Arzt und Seelsorger* im letzten Herbst nach Schloß Elmau bei Mittenwald einlud und das Programm

über eine Woche ausdehnte, so muß sie etwas ganz Besonderes damit vorgehabt haben: denn sechs Tage sprengen den üblichen Rah-

men einer Arbeitstagung und sind doch zu kurz, um als Urlaub gebucht zu werden. Anders gesagt: sie muten dem, der sich mitzumachen entschließt, ein kleines Opfer zu. Vielleicht ist es gerade dieses Opfer gewesen, welches das außerordentlich gute Gelingen mit ermöglichte und den Namen der Vereinigung ein wesentliches Stück Wirklichkeit werden ließ: «Gemeinschaft!»

Den *Grenzgebieten für Ärzte und Seelsorger* galt das Bemühen der Referenten und Praktiker, den Bereichen menschlichen Tuns und Seins, die sich gegen jede nur verbale «Mitteilung» so spröde verhalten: allen Formen der Entspannung, der Atmung, der rhythmischen Ausdrucksmöglichkeiten des Leibes, der Sprache und der Stimme — und nicht zuletzt jener Form leibseelischer Übung, für die es seit Jahrhunderten keinen besseren Namen gibt als das «Fasten». Es ist für einen Menschen, der sich bemüht, die geistigen Strömungen und die Heilpraktiken und -rezepte der letzten Jahrzehnte kritisch zu verfolgen, nicht ganz leicht, bereits den Namen gegenüber unbefangen zu bleiben. Kaum ein Versuch, eines dieser Gebiete medizinisch, psychologisch, religiös-meditativ zum Thema zu machen und wissenschaftlich und heil-praktisch zu durchdringen, blieb von der Versuchung unbehelligt, aus dem Entdeckten und Empfohlenen sogleich eine «Weltanschauung» zu machen! Und wie viele solcher «Weltanschauungen» gaben sich nur zu willig als Instrumente her, wenn es galt, den wirklichen Menschen in seiner wirklichen Welt zu irgendeinem «Zweck» zu verführen und zu vergewaltigen!

Der Verlauf der Tagung zeigte, daß es wieder möglich ist, den «Hilfstruppen» ärztlich-seelsorgerlichen Wirkens eine neue, wache und kritische, aber nicht minder tatbereite Aufmerksamkeit zuzuwenden, ohne daß Weltanschauungen kreiert und propagiert werden. Und es stimmte uns alle nachdenklich, wenn Pfarrer *Rudolf Daur* aus Stuttgart bei seiner Begrüßung an den Gründer der Elmau erinnerte, *Johannes Müller*, der auf die unwillige Kritik eines Parteimannes der verflossenen Zeit — die Kurgäste sollten endlich angehalten werden, sich gegenseitig mit dem «deutschen Gruß» zu begrüßen,

seelenruhig antwortete: Er wisse da etwas viel Dringlicheres, er überlege sich nämlich schon lange, wie er seinen Gästen beibringen könne, daß sie nachts bei offenem Fenster schlafen! War dies der Rückzug aus der harten politischen Mitverantwortung in ein Pseudoparadies «naturgemäßen» Lebens — oder traf die Ironie dieses Anwalts eines wahrhaften «persönlichen» Lebens nicht einen sehr empfindlichen Nerv unserer «conduite»: die zuchtvoll-freie Kommunikation mit allen erneuernden und reinigenden Kräften, ohne die es vergebliche Liebemüh wäre, die Dämonie politischer Hybris abzuwehren oder gar zu überwinden? Arzt und Seelsorger sind heute wieder mehr aufeinander hingewiesen und angewiesen als je, ganz anders noch als die Handwerke, die einander benachbart sind «wie Schuster und Schneider»! Wohl berühren sich beide an einer Grenze, und wer die Grenze von der einen oder der andern Seite her überschreitet, wird, wie *Paul Tillich* in seiner Frankfurter Preisrede andeutete, «frag-würdig», würdig, sich fragen zu lassen, was er da eigentlich tue.

«Die Arbeit am Leibe im Rahmen personaler Therapie» behandelte Professor Dr. *Graf Dürckheim*. Der Mensch, der sich heute anschickt, mündig zu werden, soll aus einem «Subjekt» zu einer «Person» werden. Die einseitig objektivierende Auffassung des störbaren, des kranken Menschen setzte Gesundheit der vollen «Leistungsfähigkeit» gleich. Man sah nicht, daß es auch eine «heillose Gesundheit» gab (*H. Müller-Eckhardt*). Reifen und Altern hatten letztlich keinen sinnvollen Platz in dieser Schau. Die Therapie der Person ist auf das Werden gerichtet und nicht auf einen Zustand fixierter Leistungsfähigkeit. Sie will dem «subjectum Dei» durch alles bloß «Subjektive» zum Durchbruch verhelfen! Das göttliche Leben will sich im Glanz unseres Erlebens spüren und will darin hervortreten! Und da wir nicht nur einen Leib haben, sondern auch Leib sind, und da der Leib die Weise ist, in der wir in der Welt «da sind», hat sich der Therapeut nicht nur der Traum-, sondern auch der Leibsprache des Patienten zuzuwenden. Jeder rechte Arzt geht schon instinktiv vom

Gesamteindruck aus, von der Gebärde, von Stimme und Blick! Im Leibbereich, im «Sich-unter-der-Haut-Fühlen», wie die Heidelberger Atemtherapeutin Frau *Marianne Fuchs* zu sagen pflegt, begeben sich die Verwandlungen, deren sinn- und zielvoller Folgezusammenhang, die «Entelechie», das echte Menschenleben ausmacht: die Einheit von «Präsenz», von ganzem, gegenwärtigem «Da-Sein», und Offenheit zum andern hin, die sich zugleich durchlässig hält für die Transzendenz — an allen Orten und zu jeder Zeit! Die abendliche Aussprache öffnete den Blick für die «Symbolfähigkeit» aller Dinge, das heißt die Möglichkeit, daß wir in der gelösten Leibeswahrnehmung die Physiognomie der Dinge erkennen und nachzeichnen, den kreatürlichen Spuren göttlichen Lebens nachgehen und sie dabei doch nicht «spiritualisieren», sondern sie in ihrer dichten Erdhaftigkeit ehrfürchtig belassen und übernehmen.

Dr. phil. und med. *Eugen Heun*, Psychotherapeut und Leiter eines Fasten-Erholungsheims, hielt ein vieldiskutiertes Referat über «Fasten und Psychotherapie». Er unterschied scharf zwischen dem Hungern — worunter er jede zweckbestimmte Nahrungsenthaltung von der Schlankheitskur des Filmstars bis zum Training für außerordentliche sportliche Leistungen und kosmonautische Unternehmungen verstand — und dem «Fasten», für das er die Freiheit von allen immanenten Zwecken forderte (das Wort erinnert an kultisch ausgezeichnete, ausgesonderte Tage). Wer fastet, mag durch neurotische Schwierigkeiten und Konflikte dazu angeregt sein; was er eigentlich will, ist jedoch nicht die Beseitigung von Schwierigkeiten, sondern eine umfassende Überwindung jeglicher welthaften Gebundenheit — das Freisein für das Überweltliche. In der Aussprache wurde bezwifelt, ob Zweckhaftigkeit in jedem Falle den echten Fastencharakter ausschließe. Das Training des Forschers und das Bußfasten Mahatma Gandhis erstrebt oder erzwingt nicht eine bestimmte Leistung allein oder eine bestimmte politische Wendung, sondern ist zutiefst auf die Transzendenz bezogen. Es wurde auch die Frage laut, ob bestimmte über Jahre sich

hinziehende, «wunder»haft wirkende Fastenübungen (wie die des hl. Niklaus von der Flüe) überhaupt restlos der statistisch-experimentierenden Methode sich erschließen können. Einige Tagungsteilnehmer berichteten von eigenen Fastenerfahrungen, von der Herrlichkeit des Fastens und der Gnade einer bestimmten Transparenz des Erlebens, die dem Nichtfastenden kaum übermittelt werden könne. Und Rudolf Daur wies darauf hin, daß Jesus einmal mahnte, daß «diese Art nicht anders ausfährt denn durch Fasten und Beten», und doch seine Jünger wider die Pharisäer verteidigte, da das Fasten den Hochzeitsleuten nicht zieme, solange der Bräutigam da ist! In einen weiteren Rahmen wurde dieser Themenkreis durch die beiden erfahrenen Seelsorger gestellt, die sich mit der «Unterstützung der Seelsorge von der Leib-Seite her» (Kirchenrat D. Dr. *Karl Bernhard Ritter*) und «Weltlicher, außerchristlicher und christlicher Askese» (Philipp *Dessauer*) befaßten. Ritter berief sich auf einen Bericht von ersten Versuchen auf evangelischer Seite (Kloster Kirchberg bei Sulz am Neckar), Fastenwochen als geistliche Einkehrtage zu halten («Retraite»). Es war verhängnisvoll für den nachreformatorischen Weg der evangelischen Kirchen, daß das Glauben lehrhaft und schließlich rational und intellektuell verkürzt wurde. Rationale Bemühungen um den Glaubensinhalt — nicht selten durch die Frage und die Haltung des Seelsorgesuchenden herausgefordert — können bestenfalls den «Riß im Schornstein» ausbessern, jedoch nicht die erloschene Flamme auf dem Herd entfachen. Christentum ist nicht Lehrinhalt, sondern leibhaftes Mysterium. Die Kultgebärde ist kein entbehrlisches Akzidens, sondern wesenhafter Ausdruck, existentielle Aussage. Daß in unserem Kultus kein Tanz mehr möglich ist, ist für uns kein Grund, besonders stolz zu sein. Und nur der Ernst der vollen Liebeshingabe rechtfertigt und trägt den Ernst der Abkehr, wie er in jeder Meditation, in jedem Fasten, in jeder Gebetsversenkung geübt wird. Ähnlich warnte Dessauer (kath.) vor einer unfrohen, gesetzlichen Askese, die durch Jahrhunderte hindurch das Urteil über die asketische Seite des

religiösen Lebens und des Menschenlebens überhaupt verdorben hat. Praktisch treiben wir alle Auswahl und Enthaltung, weil wir sonst überhaupt keinen Beruf ausüben und in unser persönliches und gesellschaftliches Leben keine Ordnung bekommen können. Es gibt — ohne des Begriffes zu bedürfen — «Weltaskese», Verzicht auf einen Teil der uns angebotenen oder materiell möglichen Genüsse und Betätigungen, und «Individualaskese», die entscheidet, was mir «bekommt» und nicht bekommt. Sie muß elastisch bleiben, denn zu Zeiten sollten wir uns gerade dem hingeben, was wir uns zu andern Zeiten versagen mußten. Der Fünfzehnjährige beklebt seine Schlafzimmerwände mit Reklamefetzen und Jazzbandidolen. Zwei Jahre später wirft er alles hinaus und geriert sich wie ein Mönch in seiner Zelle. Aber nur dann können wir abstoßen, uns von Dingen, Menschen, Lebensabschnitten trennen, die uns nicht mehr zusagen, wenn wir einen Ort haben, der uns beheimatet — dem Ungeborenen, Heimatlosen muß «Askese» in jeder Gestalt ein Fremdwort, eine Torheit und ein Skandal bleiben.

Die Berichte und Anweisungen der Referenten Dr. med. *Leo Geßlein*, Dr. *Friso Melzers* und Frau *Frohmut Scharenberg-Nallingers*, unterstützt durch die Demonstrationen von Frau *Kasche*, führten in die Möglichkeiten einer aktivierenden Bewegungstherapie und einer Verlebendigung und Lösung von Stimme und Sprache ein. Mit den die ganze Tagung über währenden Übungen im autogenen Training (Dr. med. *Bernd Hoffmann*), im Atmen (Frau *Marianne Fuchs*) und der Rhythmisierung (Frau *Amélie Hoellering* und Fräulein *Sigrid Hartz*) zusammen ergab dies einen harmonischen und durchaus nicht spannungslosen Klang! Es war beglückend, sich im Erwählen und Erfüllen eines Eigenraumes innerhalb der Gemeinschaft dem Wechsel von Expansion und Konzentration, von Lockerung und Wiederbindung, von Suchen, Werben, Finden, Kampf, Selbstbehauptung und Selbstfreigabe leibhaft und leiblich zu bewahren, ein kleines Stück der gewonnenen Einsicht «einzufleischen», zu

«inkarnieren»! Es war dem «Ton», der Tonlage der Gespräche anzumerken, die in den dankenswert ausgiebigen Pausen und auf den Gängen durch das herrliche Bergtal am Fuße der Wettersteinkette sich ganz von selbst zusammenfanden, was sich in wenigen Tagen in der Stille geändert hatte, zurechtgerückt war, in neu erschlossene Räume einströmen durfte. Und keiner der Teilnehmer wird das systematische Résumé vermißt haben, das sonst am Ende einer solchen Arbeit erwartet wird — an seine Stelle trat das lebendige Bild in seiner Gedrungenheit und seiner Leuchtkraft, gewoben aus den Elementen der Landschaft, des Hauses mit seinen Gästen, der Menschen, die einen Weg wiesen und eine Ordnung verkörperten, die es erlaubt, menschlich zu sein und menschlich zu bleiben.

Dieses Bild bliebe Fragment, wenn es nicht ergänzt würde durch etwas, was jedes Bild übertrifft: die Ordnung des Vernehmens, des Hörens, an zwei Abenden uns nahegebracht durch die Meister des Tones, die Pianisten *Oettel* (Chopin) und *Magda Rusy* (Beethoven, Schumann und Schubert) und den Sänger *Laurenz Bogtmann* (Schubert, Loewe, Mahler und Ravel). Das klare geistige Gerüst der Tagung bewahrte uns vor dem spätromantischen Mißverständnis der passiv-genießenden «Erlösung» durch die «Gewalt der Musik» und geleitete uns an die Stätte der nackten Kreatur, auf die aus anderen Bereichen ungreifliches Licht fällt: die Wiege und das Grab des Menschenlebens, den entsetzlichen Hunger nach Brot, die Auslieferung an die Dämonen («Erlkönig»), die Verheißung, die allein letzte Sehnsucht zu stillen vermag («Schwanengesang»). Dr. Dr. *Bitters* und R. *Daurs* Initiative, Umsicht und Voraussicht dürfen wir danken, wenn auch in den kommenden Jahren die «Hilfsvölker» der Psychotherapie nicht nur, sondern jeder ersprießlichen Menschenführung auf der Elmau zur Stelle sein und uns helfen möchten, mehr, besser, tiefer zu erkennen, zu leben und zu verwirklichen!

Gerhard Bartning